

Medienmitteilung vom 30. Oktober 2013

Die Grünen kritisieren den Weiterbetrieb des AKW Mühleberg bis 2019 Ein verantwortungsloser und enttäuschender Entscheid

Die Grünen Kanton Bern nehmen mit Ernüchterung und Unverständnis Kenntnis vom Entscheid des Verwaltungsrates der BKW, das AKW Mühleberg bis 2019 zu betreiben und dabei auf grössere Nachrüstungen zu verzichten. Der Entscheid des Verwaltungsrates der BKW stellt das ENSI in ein schiefes Licht und zeigt, dass mit der Schweizerischen Atomaufsicht offensichtlich Verhandlungen über die Sicherheit möglich sind. Für die Grünen ist klar: Deals zulasten der Sicherheit sind inakzeptabel; wohin das führt, hat der GAU von Fukushima aufgezeigt.

Positiver Aspekt am Entscheid der BKW ist, dass nun erstmals ein konkretes Abschaltdatum auf dem Tisch liegt. Dies zeigt, dass sich der politische Druck, den die Grünen mit ihrer Atomausstiegsinitiative und zahlreichen Kampagnen aufgebaut haben, gelohnt hat und Wirkung zeigt. Die Grünen gehen davon aus, dass die BKW beim UVEK ein Gesuch um Aufhebung der Betriebsbewilligung per Ende 2019 gestellt hat. Falls dies noch nicht der Fall sein sollte, fordern die Grünen die BKW auf, dies zu tun.

Allerdings ist zu vermuten, dass der Entscheid für einen Betrieb bis ins Jahr 2019 in Absprache mit dem ENSI erfolgt ist. Gerade dies ist hochproblematisch. Denn das ENSI hat im Dezember 2012 gegenüber dem AKW Mühleberg klare Vorgaben gemacht, welche für einen Betrieb über das Jahr 2017 hinaus erforderlich sind. Dazu zählen zehn Forderungen, u.a. eine von der Aare unabhängige Kühlwasserversorgung, ein erdbebenfestes Brennelementbecken-Kühlsystem, der Ersatz der Zugankerkonstruktion für den Kernmantel usw. Die vom ENSI geforderten Nachrüstungen hätten ein Investitionsvolumen von rund 400 Mio. Franken ausgelöst. Die BKW will sich nun trotz des Weiterbetriebs des AKW über 2017 hinaus auf Nachrüstungen von 15 Mio. beschränken. Dieser Entscheid stellt nicht nur die BKW, sondern ebenso das ENSI in ein schiefes Licht. Offensichtlich ist das ENSI bei der Sicherheit zu Verhandlungen bereit. Das ist inakzeptabel. Für einen Betrieb bis 2019 müssen alle Sicherheitsanforderungen an einen Langzeitbetrieb umgesetzt werden. Das ENSI ist jetzt gefordert, Unabhängigkeit und Konsequenz zu beweisen.

Der Entscheid der BKW ist vor allem ein verantwortungsloser Entscheid gegenüber der Bevölkerung der Region Bern und des Mittellands. Mit dem Entscheid zum Weiterbetrieb bis 2019 bleiben die grossen Sicherheitslücken bestehen. Im Wissen darum, dass die letzten Jahre eines Atomkraftwerks immer die gefährlichsten sind, ist der Entscheid „Weiterbetrieb ohne substanzielle Nachrüstungs-Investitionen“ umso problematischer. Die Grünen fordern vor diesem Hintergrund die sofortige Abschaltung von Mühleberg. Die Grünen sind alarmiert, dass die BKW in ihrer Mitteilung kein Wort über die Stilllegung (Nachbetriebsphase, Rückbau, Entsorgung) des AKW sagt: Die BKW und das ENSI sind hier zur allergrössten Sorgfalt und Verantwortung verpflichtet, da das Gefahrenpotenzial in dieser Phase anhaltend hoch. Hier erwarten die Grünen von der BKW und den zuständigen Behörden eine Null-Risiko-Politik.

Der Entscheid der BKW ist auch in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht ein Fehlentscheid. Wie die Grünen gemeinsam mit der Stiftung für Konsumentenschutz und der SP vor wenigen Tagen deutlich gemacht haben, produziert das AKW Mühleberg heute Strom zu Kosten, welche weit über den Marktpreisen liegen. Bis 2019 wird dieser mit Sicherheit tiefer liegen als die Produktionspreise des AKW. Mit dem von der BKW gewählten Szenario wird dieser inakzeptable Zustand nun weitergeführt. Die für Betrieb und Instandhaltung erforderlichen Kosten von 200 Mio. Franken werden die Kosten des Mühlebergstroms noch weiter in die Höhe treiben. Die Dummen sind am Schluss die privaten Haushalte und die kleineren KMU welche die von der BKW diktierten Preise übernehmen müssen. Die 200 Mio. Franken würden wesentlich sinnvoller in erneuerbare Energien investiert statt in ein altes, nicht-rentables AKW.

Für die Grünen liegt auf der Hand, dass mit dem Entscheid der BKW dem politischen Druck noch mehr Bedeutung zukommt. Das Bundesparlament hat es ebenso in der Hand wie der Berner Grosse Rat (mit der Initiative „Mühleberg vom Netz“), den Druck auf eine frühzeitige Ausserbetriebnahme von Mühleberg zu erhöhen. In diesem Zusammenhang äussern die Grünen aber auch Unverständnis und Kritik an der Rolle des Mehrheitsaktionärs Kanton Bern, der es in der Hand gehabt hätte, im Verwaltungsrat der BKW einen anderen Entscheid herbeizuführen.

Für weitere Auskünfte:

Blaise Kropf, Präsident Grüne Kanton Bern, Grossrat,
Tel. 079 263 47 68

Regula Tschanz, Geschäftsführerin Grüne Kanton Bern,
Tel. 079 379 16 53

Jan Remund, Vize-Präsident Grüne Kanton Bern, Tel. 079 917 15 29